

Verbraucherschutz

Produktinformationsblätter: die EU soll es richten

Verbraucherschutzinitiativen des nationalen sowie des europäischen Gesetzgebers werden von Marktteilnehmern der Finanzbranche gerne als Chancen deklariert. Doch das geschieht meist erst im Nachhinein, wenn deren Verabschiedung als Gesetz oder Verordnung bereits abgeschlossen ist. Vorab versucht die Branche möglichst allzu viel bürokratischen Aufwand, der durch Regulierung entsteht, abzuwenden. Ähnlich verhält es sich im Fall der hierzulande seit 1. Juli dieses Jahres gesetzlich vorgeschriebenen Produktinformationsblätter in der Wertpapierberatung. Grundsätzlich, so die Aussage der Fondsgesellschaft Union Investment, unterstütze man das Ziel größerer Produkttransparenz. Mit der Umsetzung des „Beipackzettels für Investmentfonds“ sei man aber nicht glücklich.

Hoffnung gebe es mit Blick auf neue gesetzliche Initiativen wie die europäische Variante der wesentlichen Anlegerinformationen, die sogenannten Packaged Retail Investment Products (Prip). Aufgrund der gesammelten Erfahrungen sollte die EU-Vorgabe eine einseitige Überzeichnung

von Risiken bei Investmentfonds gegenüber anderen Anlagen ausschließen. Die Kritik zielt dabei vor allem auf die Versicherer, von denen es heißt, dass sie offensichtlich eine erfolgreichere Lobbyarbeit gemacht hätten. Deren Produkte, so die Aussage der Fondsgesellschaft, seien deutlich intransparenter als Investmentfonds, doch habe die Assekuranz wenig verbraucherfreundliche Ausnahmen durchgesetzt. Wenn schon Regulierung, dann müsse ein einheitliches Level Playing Field im Sinne standardisierter Informationen für alle Produktkategorien sein.

Doch neben dieser – als Wunsch an die EU verpackten – Kritik an der deutschen Umsetzung des Produktinformationsblattes, fehlt auch der Widerspruch zur europäischen Initiative nicht: Einerseits würdige die geplante Einteilung von Chance-Risiko-Gruppen anhand von Produktklassen die Vorteile einzelner Produkte nicht ausreichend. Und andererseits sollte, in den Augen der Union Investment, auf nicht produktspezifische Risiken wie beispielsweise Inflationsrisiken in der Darstellung verzichtet werden. **hm**